

Unter deutscher Führung

22.06.2017

BERLIN

(Eigener Bericht) - Vor dem heute beginnenden EU-Gipfel, der sich mit dem Ausbau der EU zur Militärmacht befasst, warnen Außenpolitik-Experten vor wachsendem Unmut über die deutsche Dominanz in der Union. Zwar beobachten Spezialisten im Establishment sämtlicher 28 EU-Mitgliedstaaten bezüglich der deutschen Vormacht eine "neue Akzeptanz der Führung". Doch wachse zugleich die Unzufriedenheit - in der Bevölkerung diverser Mitgliedstaaten, aber auch in Teilen der politischen Eliten. So habe bereits 2013 eine Umfrage in Frankreich ergeben, dass 86 Prozent der Befragten die Bundesrepublik als "dominantes Land" einstufen. Sogar in "politischen Kreisen" in Paris seien "mehr oder weniger schwere Vorwürfe gegen Deutschland zu hören". Ebenfalls 2013 habe die Mehrheit der Bevölkerung Griechenlands die Bundesrepublik zum "am wenigsten vertrauenswürdigen und mitfühlenden sowie zugleich arrogantesten EU-Mitgliedstaat" erklärt. Wie ein Experte des German Marshall Fund of the United States (GMFUS) urteilt, müsse Deutschland nun dringend Zugeständnisse machen, um zumindest die Eurozone zu stabilisieren. Damit sei jedoch nach den bisherigen Erfahrungen mit der deutschen Dominanz kaum zu rechnen. Tatsächlich setzt Berlin gegenwärtig darauf, die EU auf dem Wege gemeinsamer Kriegseinsätze zusammenzuschweißen, und treibt entsprechend ihre Militarisierung voran.

Die Militarisierung der EU

Der energische Ausbau der EU zur Militärmacht steht bei dem heute beginnenden EU-Gipfel auf dem Programm. Wie es in Brüssel heißt, werden die Staats- und Regierungschefs vor allem die Umsetzung der Maßnahmen vorantreiben, die zwecks Stärkung der gemeinsamen Außen- und Militärpolitik im September vergangenen Jahres auf einem Gipfeltreffen in der slowakischen Hauptstadt Bratislava beschlossen wurden.[1] Die Realisierung des Vorhabens, das vor allem auf deutsch-französischen Druck hin eingeleitet wurde, schreitet seither systematisch voran (german-foreign-policy.com berichtete [2]). Jüngster Schritt ist der Beschluss des Europäischen Rats vom 8. Juni gewesen, eine Keimzelle für ein militärisches EU-Hauptquartier einzurichten: In Brüssel wird nun eine Institution mit der Bezeichnung Military Planning and Conduct Capability (MPCC) zivil-militärische EU-Ausbildungseinsätze führen. Ihre Gründung ist lange Zeit umstritten gewesen, da mehrere EU-Mitgliedstaaten die NATO als Militärbündnis favorisieren. Nach erbitterten Machtkämpfen haben sich Berlin und Paris jedoch letzten Endes mit dem Beschluss zum Aufbau der MPCC durchgesetzt.

Die Akzeptanz der Führung

Vor dem EU-Gipfel haben sich mehrere Außenpolitik-Experten unabhängig voneinander mit dem inneren Zustand der EU befasst. Hintergrund ist die unbestrittene deutsche Vormacht über die Union. Diese wird, wie aus einer aktuellen Umfrage des European Council on Foreign Relations (ECFR) unter 421 Regierungsmitarbeitern, Politikern, Experten, Journalisten und anderen Angehörigen der Eliten aller 28 EU-Staaten hervorgeht, im EU-Establishment allgemein als Tatsache anerkannt. Deutschland unterhalte die dichtesten Netzwerke auf dem Kontinent, werde in den meisten Mitgliedstaaten als "wichtigster Partner" eingestuft und generell als einflussreichstes EU-Land angesehen, berichtet der ECFR.[3] Dabei falle auf, dass die Selbsteinschätzung der deutschen Funktionseliten dem vollkommen entspreche; deutsche Experten und Praktiker sähen die Bundesrepublik genauso an der Spitze der Union wie ihre Kollegen in anderen Mitgliedstaaten; das reflektiere "die neue Akzeptanz der Führung".

Dominant und egoistisch

Wird die deutsche Dominanz tatsächlich weithin als Tatsache anerkannt, so wird sie in zahlreichen Ländern immer kritischer betrachtet. Dies zeigt eine aktuelle Analyse der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), die sich unter anderem mit den Einstellungen der Bevölkerungen Frankreichs und Griechenlands zur Bundesrepublik befasst. Trotz der grundsätzlich sehr positiven

Haltung etwa der französischen Bevölkerung gegenüber Deutschland reagiere ein Teil der Bürger des westlichen Nachbarlandes "auf Deutschlands wachsenden Einfluss besorgt bis irritiert", berichtet die DGAP.[4] So seien im Jahr 2013 rund 86 Prozent der Teilnehmer an einer Umfrage davon überzeugt gewesen, "dass Deutschland durch die Krise ein 'dominantes Land in Europa' geworden" sei. 71 Prozent der Befragten hätten "die deutsche Regierung ... in erster Linie des Egoismus verdächtigt". Allerdings falle auf, dass zwar gut drei Viertel der Franzosen, aber nicht einmal die Hälfte der Deutschen "denken, dass Deutschland in der Beziehung" zwischen den beiden Staaten "den Ton angibt". Auch "in politischen Kreisen" seien "neben dem obligatorischen Diskurs der deutsch-französischen Freundschaft ... regelmäßig mehr oder weniger schwere Vorwürfe gegen Deutschland zu hören": In der Europapolitik berücksichtige es "nur seine eigenen Interessen" und liege "in der Analyse der gemeinsamen Probleme falsch". Zwar hätten bislang "alle französischen Regierungen solche Vorwürfe vermieden, um die Zusammenarbeit nicht aufs Spiel zu setzen". Doch "außerhalb der Regierung" sei "die Kritik an Kompromissen mit Deutschland in den vergangenen Jahren gewachsen".

Bestrafend und arrogant

Heftige Kritik vermeldet die DGAP auch aus Griechenland. "Das Ansehen Deutschlands" habe in den vergangenen Jahren "in keinem Land so sehr Schaden genommen" wie dort. Der Konflikt zwischen Berlin und Athen sei in der Krise "so fundamental" gewesen, "dass die traditionell engen bilateralen Beziehungen seither einer harten Belastungsprobe ausgesetzt sind". Sei Deutschland im Jahr 2005 laut einer Umfrage in Griechenland "mit 78 Prozent im weltweiten Vergleich noch das beliebteste Land" gewesen, so "sank dieser Wert 2013 auf gerade einmal 33 Prozent". "Im selben Jahr", berichtet die DGAP, habe "eine Mehrzahl der Griechen in einer europaweiten Studie die Bundesrepublik "den am wenigsten vertrauenswürdigen und mitfühlenden sowie zugleich arrogantesten EU-Mitgliedstaat" genannt. Ein Großteil der Politik und der Medien in Griechenland habe, heißt es in der DGAP-Studie, "im Krisenmanagement der Bundesregierung einen moralisch aufgeladenen Akt der Bestrafung" wahrgenommen, "der ein Exempel für andere europäische Schuldenstaaten, vornehmlich in der südlichen Peripherie der Eurozone, statuieren sollte". Zudem habe Athen Berlin ausdrücklich vorgeworfen, "einem sich in einer Ausnahmesituation befindenden europäischen Partner dringend notwendige Solidarität viel zu lange zu verweigern und so die griechische Krise mutwillig zu verstärken". Es sei höchst fraglich, "ob langfristig wieder Vertrauen zwischen den beiden Staaten hergestellt werden kann".[5]

Starr und unnachgiebig

Mit Blick auf die deutsche Dominanz über die EU hat Hans Kundnani, ein Experte des German Marshall Fund of the United States (GMFUS), unlängst geurteilt, die vermutlich entscheidende Frage sei, ob Deutschland sich bereithalten könne, einen Deal mit Frankreich unter dem neuen Präsidenten Emmanuel Macron zu schließen. "Deutschland kann die Eurozone nicht weiterhin als Instrument nutzen, um seine eigenen ökonomischen Interessen zu fördern", erklärt Kundnani; alles hänge nun davon ab, ob die Bundesrepublik fähig sei, Macron Zugeständnisse zu machen, die es ihm gestatteten, die französische Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Der GMFUS-Experte gibt sich skeptisch. "In den vergangenen sieben Jahren" habe Berlin "im Wesentlichen versucht, seine eigenen ökonomischen Interessen so weit wie möglich zu verfolgen", ruft er in Erinnerung. Zwar sei es eigentlich im besten deutschen Interesse, die Eurozone mit gewissen Zugeständnissen zu stabilisieren, da Deutschland im Falle ihres Zusammenbruchs am meisten zu verlieren habe. Doch müsse die Bundesregierung sich dazu zumindest in einigen Punkten nachgiebig zeigen. Dies aber hat Berlin im bisherigen Krisenverlauf noch nie getan.[6]

[1] S. dazu [Strategische Autonomie](#).

[2] S. dazu ["Eine entscheidende Rolle in der Welt"](#) und [Europas Leitkultur](#).

[3] Josef Janning: [The end of Angst: Germany is ready to lead in Europe](#) www.ecfr.eu 08.06.2017

[4], [5] Claire Demesmay, Jana Puglierin, Julian Rappold: Deutschland als europäische Führungsmacht: [Die Sicht aus Frankreich, Griechenland und Polen](#). DGAPanalyse Nr. 5, Juni 2017

[6] [Germany can't run the EU as a vehicle for its own interests](#) www.buenosairesherald.com 09.06.2017